

Beschluss Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 17.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Verschiedenes

Antragstext

1 Migration ist eine Konstante menschlicher Gesellschaften. Sie ist und war stets
2 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von
3 Austausch und Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Ob sie freiwillig
4 geschieht oder erzwungen wird, aus Furcht um das eigene Leben geschieht oder auf
5 der Suche nach einer guten Zukunft – sie ist eine Gestaltungsaufgabe für die
6 Politik. Sie bietet Chancen und bringt Herausforderungen mit sich. Wir stellen
7 uns dieser Aufgabe. Wir buchstabieren aus, wie wir die Lage von Migrant*innen
8 und Geflüchteten verbessern und die aufnehmenden Städte und Kommunen
9 wirkungsvoll entlasten können.

10 Aktuell sind wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft mit der größten
11 Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert: Der völkerrechtswidrige
12 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Millionen Menschen aus ihrer Heimat
13 vertrieben. Viele Menschen haben Zuflucht auch in Deutschland gefunden.
14 Gleichzeitig kommen auch wieder viele Menschen aus anderen Ländern nach Europa
15 und suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg, die größten Gruppen aus Syrien und
16 Afghanistan.

17 Bund, Länder und Kommunen – nicht zuletzt aber auch unzählige Freiwillige –
18 haben in einem gemeinsamen Kraftakt geflüchtete Menschen aufgenommen und
19 versorgt. Allen, die mit großem persönlichen Einsatz zum Gelingen dieser
20 riesigen Herausforderung beigetragen haben, danken wir. Unsere Aufgabe ist es
21 nun, langfristige und zuverlässige Lösungen zu finden. In vielen Städten und
22 Kommunen ist Wohnraum knapp, Lehrkräfte und Kinderbetreuungsplätze fehlen oder
23 die Mitarbeitenden in den Behörden sind überlastet. Wir wollen diesen
24 Herausforderungen mit wirksamen Ansätzen begegnen. Auf eine europäische Lösung
25 können und wollen wir dabei nicht warten. Auch bessere Bedingungen in anderen
26 EU-Staaten tragen dazu bei, dass weniger Menschen zu uns kommen müssen. Dafür
27 treten wir ein.

28 Entlastungen vor Ort schaffen, Integration fördern

29 Kommunen und Städte tragen die größte Verantwortung bei der Versorgung und
30 Unterbringung geflüchteter Menschen. Hier findet Integration konkret statt. Hier
31 muss sichtbar werden, dass diese Aufgabe leistbar ist.

32 Wir stehen bei der Bewältigung der Aufgaben für eine faire Lastenverteilung
33 zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dabei ist für uns zentral, dass die
34 Kommunen Planungssicherheit haben. Wir wollen, dass der Bund sich zuverlässig
35 und solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Daher braucht es langfristige
36 Finanzausgaben. Das gilt insbesondere für die Kosten der Integrationsmaßnahmen
37 und der Unterbringung. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch
38 dort ankommen, wo sie benötigt werden – nämlich vordringlich in den besonders
39 belasteten Kommunen und Städten. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass

40 dauerhaft Unterbringungsplätze vorgehalten werden, um bei Bedarf handlungsfähig
41 zu sein, denn Gründe für Flucht werden uns auch in der Zukunft dauerhaft
42 begleiten. Kurzfristig muss der Bund den Kommunen wo möglich unter die Arme
43 greifen, indem er Liegenschaften des Bundes zur Verfügung stellt. Dabei legen
44 wir den Schwerpunkt auf kleinere und dezentrale Unterkünfte, in denen Teilhabe
45 und Integration besser möglich ist. Menschen, die bereits Familienangehörige
46 oder andere Anknüpfungspunkte haben, sollen bei ihnen oder in deren Nähe
47 unterkommen können. Damit entlasten wir den Wohnungsmarkt und fördern die
48 Integration von Beginn an. Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit
49 ukrainischer Staatsbürgerschaft hat gezeigt, wie so schnell Entlastung
50 geschaffen werden kann. Wir unterstützen deshalb die Aufhebung der
51 Wohnsitzauflage. Das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir reformieren.

52 Unser Ziel in dieser Bundesregierung ist, eine echte Integrationsoffensive in
53 das Zentrum unseres politischen Handelns der Migrationspolitik zu stellen. Wir
54 investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen dadurch
55 sicher, dass Migrant*innen sich schnell bei uns einleben und Geflüchtete zügig
56 Teil der Gesellschaft werden. Für einen schnellen Zugang zu Integrations- und
57 Sprachkursen müssen diese flächendeckend angeboten werden können. Wir nehmen
58 die
59 besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse in den Blick, indem wir
60 beispielsweise Kinderbetreuung anbieten und damit auch betreuenden Eltern die
61 Teilnahme ermöglichen. Erst-Orientierungskurse müssen in ausreichender Zahl
62 angeboten werden. Den wachsenden Bedarf an Schul- und Kitaplätzen zu decken, ist
63 eine große Aufgabe für alle politischen Ebenen. Wir wollen an einer guten
64 Ausstattung mit Lehrer*innen und Assistenzkräften, die als Sprach- und
65 Integrationsmittler*innen unterstützen, arbeiten. Mit dem Kita-Qualitätsgesetz
66 unterstützen wir seitens des Bundes die Kommunen. Einen frühzeitigen Zugang zum
67 Gesundheitswesen wollen wir unbürokratisch gewährleisten. Solange dies noch
68 nicht erfolgt ist, könnte zunächst an die positiven Erfahrungen einiger Länder
69 angeknüpft werden, die eine Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen eingeführt
70 haben. So entlasten wir die Behörden und stärken die medizinische sowie
71 psychotherapeutische Versorgung. All das kostet Geld, doch dieses Geld ist gut
72 investiert und trägt dazu bei, dass Geflüchtete kürzer auf Sozialleistungen
angewiesen sind und schneller erfolgreich am Arbeitsmarkt teilhaben können.

73 **Moderne Strukturen für ein modernes Einwanderungsland und einen** 74 **zukunftsfesten** 74 **Arbeitsmarkt**

75 Deutschland ist ein Einwanderungsland und sucht händeringend nach Fach- und
76 Arbeitskräften. Egal ob in der Industrie, der Wissenschaft, im Gesundheitswesen
77 oder der Gastronomie, wir ermöglichen Zuwanderung gerade in diesen Branchen und
78 stärken so unseren Wirtschaftsstandort. Viele Geflüchtete die arbeiten wollen,
79 dürfen das nicht oder treffen auf hohe, teils unüberwindbare Integrationshürden.
80 Das wollen wir ändern. Für die Wahrung unseres Wohlstands und die
81 Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, gerade auch der vielen
82 mittelständischen Unternehmen in Deutschland, liegt hier erhebliches Potenzial,
83 das wir heben wollen und müssen. Hinzu kommt: Ein frühzeitiger Zugang zum
84 Arbeitsmarkt sichert Teilhabe, fördert Integration und sorgt dafür, dass
85 Geflüchtete Steuern zahlen dürfen statt auf Leistungen angewiesen zu sein.
86 Deshalb wollen wir Arbeitsverbote aufheben. Verfahren zur Anerkennung von
87 Berufsabschlüssen und beruflichen Erfahrungen wollen wir vereinfachen und

88 beschleunigen, Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote ausweiten. Den
89 sogenannten Spurwechsel in die Arbeitsmigration wollen wir vereinfachen. Das neu
90 eingeführte Chancen-Aufenthaltsgesetz ist beispielgebend, weitere Reformen
91 müssen folgen. Mit der Novelle des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie dem
92 Fachkräfteeinwanderungsgesetz gehen wir in der Bundesregierung weitere
93 bedeutende Schritte.

94 Eine wichtige Ressource zur Entlastung der Verwaltung liegt in der Vereinfachung
95 von Verfahren. Indem wir sie modernisieren, entbürokratisieren, digitalisieren
96 und zwischen Bundesländern angleichen, sparen wir unnötige Arbeit ein und
97 schaffen dadurch zusätzliche Kapazitäten. Gleichzeitig helfen wir den
98 Schutzsuchenden: Sie bekommen schnell Gewissheit. Ein wichtiger Schlüssel dafür
99 liegt in der Verlängerung der Geltungsdauer für Visa zur Erwerbs- und
100 Bildungsmigration sowie der Dauer von Aufenthaltserlaubnissen. Darüber hinaus
101 müssen die Einwanderungs- und Ausländerbehörden sowie andere
102 Verfahrensbeteiligte, z.B. Verwaltungsgerichte, personell besser aufgestellt und
103 mit zusätzlichen Mittel ausgestattet werden.

104 **Sichere Wege für Flucht und Migration schaffen**

105 Wir wollen sichere und legale Wege zur Arbeitsmigration und Flucht stärken. Wir
106 brauchen jetzt eine Offensive für sichere und legale Migration. Wir setzen
107 deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit Staaten
108 außerhalb der EU, die vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration
109 eröffnen. Dafür werden wir auch die gesetzlichen Grundlagen der Visavergabe
110 modernisieren und vereinfachen. Die Visavergabeprozesse wollen wir
111 beschleunigen. Das schafft Planbarkeit – für die Betroffenen ebenso wie für die
112 Kommunen, ihre Behörden und die Menschen vor Ort.

113 Den Familiennachzug wollen wir stärken, vereinfachen und beschleunigen. Wir
114 wollen die Familienzusammenführung zu subsidiär Geschützten mit den GFK-
115 Flüchtlingen gleichstellen, den Geschwisternachzug gleichzeitig mit den Eltern
116 und beim Ehegattennachzug den Sprachnachweis erst nach Ankunft ermöglichen.
117 Damit tragen wir dem im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz der Familie
118 Rechnung und fördern durch stabile Familienverhältnisse die Integration.
119 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres
120 Ehemanns oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel
121 erhalten können.

122 Unserer besonderen Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie
123 besonders gefährdeten Afghan*innen und ihren Familien werden wir durch
124 humanitäre Aufnahme und konsequente Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms
125 gerecht. Sie sind auf Grund ihrer Arbeit etwa für die Bundeswehr, internationale
126 Organisationen oder ihres Einsatz für Menschenrechte in Gefahr. Es ist am
127 Bundesinnenministerium dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsinterviews nun
128 aufgesetzt werden, damit das Bundesaufnahmeprogramm schnellstmöglich wieder
129 aufgenommen wird.

130 Wir setzen auf eine Politik der Humanität und Ordnung. Pauschalen Rufen nach
131 mehr Abschiebungen treten wir entgegen, diese haben nichts mit den tatsächlichen
132 Herausforderungen bei Aufnahme, Versorgung und Integration von Schutzsuchenden
133 zu tun. Mit tragfähigen Migrationsabkommen, die legale Wege der Zuwanderung
134 aufzeigen, soll auch die Rücknahmebereitschaft in den Herkunftsländern erhöht
135 werden. Die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten muss partnerschaftlich und

136 auf Augenhöhe erfolgen und darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen
137 der Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Nicht jeder Mensch, der
138 zu uns kommt, kann bleiben. Aber jeder Mensch, der bei uns Schutz sucht, hat
139 Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung. Wer nach
140 sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie
141 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss
142 zügig wieder ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen.
143 Für uns hat die freiwillige Rückkehr Vorrang. Eine unverhältnismäßige
144 Verschärfung von Abschiebe- und Abschiebehafregeln lehnen wir ab. Der
145 fortlaufenden Unsicherheit und Perspektivlosigkeit durch Kettenduldungen stellen
146 wir uns entgegen. Menschen, die bereits in der Gesellschaft verwurzelt sind,
147 müssen eine Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen.

148 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
149 Probleme. Was hilft, ist alle Asylverfahren zu beschleunigen und die Qualität
150 der Entscheidungen zu verbessern. Wir werden nicht mitmachen, wenn Staaten, die
151 systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, als sicher eingestuft werden
152 sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten lehnen
153 wir ab.

154 Den Rufen nach einer stetigen Verlängerung und Ausweitung von stationären
155 Kontrollen an den Binnengrenzen stellen wir uns entschieden entgegen. Sie stehen
156 dem Schengener Abkommen entgegen. Ein Europa ohne Schlagbäume ist ein
157 wesentlicher Grundpfeiler der europäischen Idee. Wir verteidigen das
158 Schengensystem gegen Angriffe. Binnengrenzkontrollen behindern die Freizügigkeit
159 und verursachen enorme wirtschaftliche Schäden. Gerade für die Menschen in den
160 Grenzregionen stellen die Kontrollen und damit verbundenen Staus und
161 Zugverspätungen eine enorme Belastung dar, ebenso wie für die eingesetzten
162 Polizist*innen. Gleichzeitig sind sie völlig ungeeignet, die Zahl der
163 Asylanträge zu reduzieren, da Schutzsuchende nicht zurückgewiesen werden dürfen.
164 Mobile und anlassbezogene Schwerpunktkontrollen können eine Möglichkeit sein, um
165 beispielsweise gegen Menschenhandel vorzugehen.

166 **Ein starkes Europa der Menschenrechte**

167 Gemeinsam stehen wir für den Schutz von Menschenrechten, eine rechtebasierte und
168 lösungsorientierte Flüchtlingspolitik und eine handlungsfähige Europäische
169 Union, die sich an diesen Werten orientiert. Dafür treten wir auch bei der
170 europäischen Gesetzgebung ein. Wir stehen zu unseren völkerrechtlichen
171 Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen
172 Menschenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention, der UN-
173 Behindertenrechtskonvention und dem internationalen Seerecht. Wir stellen uns
174 entschieden Versuchen entgegen, diese historischen Errungenschaften zu
175 beschneiden. Wir stehen für eine individuelle und inhaltliche Prüfung des Rechts
176 auf Asyl in der EU. Die Rechte von geflüchteten Frauen, LSBTIQ* und anderen
177 vulnerablen Gruppen müssen gewahrt und ihre besonderen Bedarfe berücksichtigt
178 werden.

179 Die derzeitige Lage an den europäischen Außengrenzen ist unhaltbar. Dabei kann
180 es nicht bleiben. Deshalb waren wir im Europäischen Rat zu sehr schwierigen
181 Verhandlungen rund um eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
182 (GEAS) bereit – in einem sehr komplexen Umfeld mit weit auseinandergehenden und
183 vielen restriktiven Positionen zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten.

184 Wir haben gemeinsam für eine Lösung in dieser schwierigen Situation gekämpft, um
185 Humanität und Ordnung zu erreichen.

186 In der Einigung im Innenministerrat gibt es Verbesserungen, die ohne unseren
187 Einsatz in den Verhandlungen nicht zustande gekommen wären, zum Beispiel, dass
188 unbegleitete Minderjährige von den Grenzverfahren ausgeschlossen werden müssen
189 oder die Verbesserung des Zugangs zu Rechtsberatung. Außerdem muss es weiterhin
190 eine Verbindung zu einem sicheren Drittstaat geben, für die nach einem Jahr eine
191 Überprüfungs Klausel verabredet wurde. Antragsteller*innen dürfen demnach nur in
192 einen Drittstaat überstellt werden, wenn sie beispielsweise dort bereits gelebt
193 oder Familie haben.

194 Erstmals soll es jetzt in der EU einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus
195 geben und Geflüchtete sollen verbindlicher registriert werden. Zwar ist die
196 Aufnahme von Geflüchteten nicht verpflichtend, die Teilnahme an dem Mechanismus
197 dagegen schon. In Zukunft sollen jedes Jahr mindestens 30.000 Geflüchtete
198 umverteilt werden, abgesichert über sogenannte "Dublin-Offsets". Darüber hinaus
199 werden wir weiterhin dafür eintreten, dass es eine verbindlichere Verteilung
200 gibt. Wir treten dafür ein, dass Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht und
201 mindestens seinen Beitrag im Sinne des "Fair Share" leistet. Gleichzeitig konnten
202 zentrale Punkte noch nicht erreicht werden, wie zum Beispiel eine grundsätzliche
203 Ausnahme für Familien mit Kindern in Grenzverfahren. Trotzdem haben wir
204 verteidigen können, dass die Freiheit von Kindern nur in sehr eng definierten
205 Ausnahmefällen beschränkt werden darf. Zudem kommen Verschärfungen der aktuellen

206 Rechtslage hinzu. Die Dublinfristen wurden verlängert, auch wenn der
207 Verhandlungsstand auf Druck der Grenzstaaten und mit deutscher Unterstützung
208 noch einmal verbessert wurde. Daneben müssen Antragsteller*innen nach der
209 Ablehnung in Grenzverfahren verpflichtend bis zu 12 Wochen in ein
210 Rückführungsgrenzverfahren kommen. Obwohl verhindert werden konnte, dass
211 Mitgliedstaaten Menschen aus Staaten mit einer hohen Anerkennungsquote pauschal
212 in Grenzverfahren nehmen müssen, schmerzt uns die Tatsache, dass die
213 Drittstaatenregelung ausgeweitet wurde - dadurch kann sich die Situation auch
214 für sie verschlechtern, weil ihre Anträge als unzulässig abgelehnt werden
215 können.

216 Es handelt sich deshalb sicher nicht um einen "historischen Erfolg", wie es etwa
217 Bundesinnenministerin Nancy Faeser formuliert hat. Die erzielte Einigung kann
218 zentrale Anforderungen nicht erfüllen, die wir an eine Asylpolitik der Humanität
219 und Ordnung stellen - gerade weil sie im EU-Kontext vieler restriktiverer
220 Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar waren. Wir sehen das europapolitische
221 Dilemma, denn die europäische Asylpolitik braucht maßgebliche Verbesserungen,
222 für die es keine Mehrheiten gibt. Der Ratsbeschluss wäre ohne unseren Einsatz,
223 gerade von grünen Regierungsmitgliedern, ein schlechterer gewesen. Doch er
224 enthält auch substantielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht
225 falsch finden. Wir zollen den unterschiedlichen Einschätzungen Respekt und
226 stehen fest zusammen beim gemeinsamen Vorhaben, weiterhin mit aller Kraft für
227 eine Verbesserung der Situation für Schutzsuchende um und in Europa zu kämpfen.
228 Denn klar ist: Die Situation der Menschen, die in Europa Schutz suchen, muss
229 deutlich besser werden.

230
231 Im weiteren Verfahren im Trilog zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und
232 der Kommission setzen wir uns daher - im Wissen um die schwierige

233 Verhandlungssituation in Europa - für Verbesserungen ein. Unter anderem sind
234 folgende Kriterien für uns wichtig: dass Familien mit Kindern grundsätzlich
235 nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung
236 von Grenzverfahren verpflichtet werden. Wir wollen ein effektives
237 Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung in
238 den Mitgliedsstaaten. Dafür werden wir in enger Abstimmung zwischen
239 Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und Regierungsmitgliedern
240 kämpfen. Auch das Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten. Unsere jeweiligen
241 Positionierungen zu den Rechtsakten werden wir davon abhängig machen, ob unter
242 dem Strich Verbesserungen in der Europäischen Asylpolitik und auch für Europa
243 stehen.

244 Die Rechte von Menschen zu beschneiden, die durch autoritäre Staaten
245 instrumentalisiert werden, lehnen wir ab. Stattdessen muss es mehr europäische
246 Solidarität in Krisensituationen geben. Dafür setzen wir uns bei den
247 Verhandlungen zur Krisenverordnung ein. In Krisensituation wollen wir Menschen
248 in Not helfen und nicht ihre Rechte beschränken. Die Massenzustromrichtlinie hat
249 sich bewährt.

250 **Geordnete Verfahren und europäische Solidarität verteidigen**

251 Eine faire und gesteuerte Verteilung kann nur gelingen, wenn Menschen
252 zuverlässig bei der Einreise registriert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns
253 kommt. Damit wollen wir auch verhindern, dass Menschen ausgebeutet oder
254 entrechtet werden. Eine Verteilung von Geflüchteten kann nur funktionieren, wenn
255 sich einzelne Mitgliedstaaten nicht einfach entziehen können. Dazu gehört auch,
256 dass Verfahren fair und zügig durchgeführt, menschenrechtskonforme
257 Lebensbedingungen sichergestellt und Weiterreisen ohne vorherige Registrierung
258 in andere europäische Länder vorgebeugt wird. Alle Mitgliedsstaaten müssen ihren
259 fairen Beitrag leisten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei
260 keine Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete
261 aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell entlastet werden. Sie müssen aber auch
262 für ihre Verantwortung in die Pflicht genommen werden. Die Finanzierung der
263 libyschen Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und an Schlepperei
264 beteiligt, muss ein Ende finden.

265 Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Bestrebungen
266 die Kriterien für die Einstufung sicherer Drittstaaten aufzuweichen, treten wir
267 entgegen. Asylanträge von Menschen, die über einen Drittstaat in die EU
268 einreisen, dürfen nicht einfach als unzulässig abgelehnt oder die Betroffenen
269 einfach zurückgeführt werden – gerade wenn sie keine klare Verbindung, etwa
270 berufliche oder familiäre Bezüge, zu diesem Land haben und nicht sichergestellt
271 werden kann, dass sie dort entsprechend der Standards der Genfer
272 Flüchtlingskonvention in Sicherheit sind. Die Verankerung eines starken
273 Verbindungselements ist daher von großer Bedeutung. Die rechtliche Ausgestaltung
274 muss so erfolgen, dass die Regelung auch in der Praxis wirksam und justiziabel
275 ist. Das Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und
276 europarechtlich verbrieftes Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall.

277 **Das Leid an den Außengrenzen beenden, Seenotrettung sichern**

278 Die aktuelle Situation an den Außengrenzen ist nicht akzeptabel. Unser Ziel ist
279 es daher, das Leid schnellstmöglich zu beenden. Wir nehmen nicht hin, dass
280 Menschen und sogar Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern

281 verharren und keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren haben. Die Versorgung
282 mit medizinischen Gütern, psychologischer Betreuung und Lebensmitteln sowie der
283 Zugang zu Sozial- und Rechtsberatung und Bildungseinrichtungen müssen stets
284 sichergestellt sein. Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit
285 Zugang zu den Geflüchteten und den Grenzregionen. Der illegalen Praxis von
286 Pushbacks muss entschieden begegnet werden. Wir fordern die Europäische
287 Kommission auf, gegenüber Mitgliedstaaten einzuschreiten, die diese
288 rechtswidrige Praxis anwenden. Gleichzeitig muss ein wirksames, unabhängiges
289 Menschenrechtsmonitoring dazu beitragen, dass rechtsfreie Räume an den Grenzen
290 in Europa der Vergangenheit angehören. Die umfassende parlamentarische Kontrolle
291 der EU-Agenturen und der Finanzierungsinstrumente für die externe
292 Migrationspolitik müssen sichergestellt sein.

293 Wir wollen die europäische Seenotrettung stärken und das Sterben im Mittelmeer
294 beenden. Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu
295 überqueren. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Seenotrettung ist eine
296 völkerrechtliche Pflicht. Wir treten weiter für eine zivile, flächendeckende und
297 europäische Seenotrettung ein. Es braucht endlich eine europäische Initiative
298 für eine staatlich koordinierte Seenotrettung. Die europäischen Staaten sind
299 gemeinsam dafür verantwortlich, dass zivile Seenotrettungsorganisationen
300 gefahrlos ihre Einsätze absolvieren können und dabei unterstützt werden. Durch
301 die Behinderung ihrer Arbeit, lange Fahrtwege und Spendeneinbrüche stehen die
302 Seenotrettungsorganisationen auch finanziell unter Druck. Deswegen treten wir –
303 neben unserem Einsatz für die Organisation einer staatlich organisierten
304 Seenotrettung – für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem
305 finanziellen, Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wir wollen verhindern,
306 dass gemeinnützige Hilfsorganisationen aufgrund von finanziellen Engpässen nicht
307 retten können, während täglich mehr Menschen ertrinken.

308 Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den nächstgelegenen sicheren Hafen
309 anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und versorgt werden können. Ein
310 Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert und Seenotrettung nicht
311 kriminalisiert werden. Die von Seenotrettungsschiffen aufgenommenen Menschen
312 müssen die Möglichkeit auf eine inhaltliche Überprüfung ihres Schutzanliegens
313 haben.

314 **Fluchtursachen bekämpfen**

315 Kernaufgabe bleibt es, die Ursachen für Flucht und Vertreibung anzugehen. Wir
316 verfolgen eine Außenpolitik, die Diplomatie und Prävention von Konflikten in den
317 Mittelpunkt stellt. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen von Menschen, die
318 wegen Konflikten oder Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Die meisten von
319 ihnen suchen Schutz in ihrem eigenen Land oder in Nachbarstaaten. Hier muss
320 Europa handeln. Eine effektive und gut ausgestattete humanitäre Hilfe,
321 Krisenprävention und Stabilisierung sind ebenso ein Schlüsselfaktor wie
322 Entwicklungszusammenarbeit und die geregelte Aufnahme Geflüchteter. So können
323 wir verhindern, dass Menschen sich auf gefährliche Fluchtrouten und in die Hände
324 von Menschenschmugglern begeben müssen.

325 Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit kann einen Beitrag dazu leisten,
326 Gesellschaften zu stabilisieren und Menschen eine wirtschaftliche und soziale
327 Perspektive in ihrer Heimat zu geben. Sie an die Kooperation bei

- 328 Migrationsfragen zu knüpfen, wie es Markus Söder fordert, schafft eher
329 Fluchtgründe. Wir lehnen dies ab.

Begründung

An den Antrag V-01 wurden durch den Bundesvorstand, aufgrund der neuen Entwicklungen zur GEAS-Reform Änderungsanträge gestellt und übernommen. Damit die Lesbarkeit des Antrages erhalten bleibt, wurde der Antragstext ab Zeile 145 geändert und teilweise umgestellt. Der so modifizierte Antrag des Bundesvorstandes wurde als dieser Antrag V-01-NEU hochgeladen.